

Sprache, Identität und Mitbestimmung

Syriens Bildungssystem neu denken

Organisiert von

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien
European Center for Kurdish Studies



Loccum

31. Oktober bis 3. November 2025



Disclaimer: Die Prinzipien in diesem Papier fassen die Diskussionen des Workshops zusammen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass alle Teilnehmenden alle Punkte des Dokuments unterstützen.

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien
European Center for Kurdish Studies



YES for Peace
Young Engaged Syrians Making Their Voices Heard

Emser Straße 26
Berlin 12051
Germany

mail@kurdologie.de
+49 30 67 96 85 27

Layout und Design: Radwan Awad

© **Februar 2026 | Berlin**

Gefördert vom ifa (Institut für Auslandsbeziehungen) mit Mitteln
des Auswärtigen Amtes über das Förderprogramm zivik.



Auswärtiges Amt



Institut für
Auslandsbeziehungen

Sprache, Identität und Mitbestimmung: Syriens Bildungssystem neu denken

1. Syriens Schul- und Bildungssystem erfordert in vielfacher Hinsicht einen Neuanfang. Sicherheitsbedenken auf Grund von Gewalthandlungen durch Milizen oder das syrische Militär sowie Armut verhindern den Schulbesuch vieler junger Menschen. Für die Verbesserung dieser Zustände müssen unter anderem Schulen physisch wieder aufgebaut werden, allen Schüler:innen muss ein sicherer Schulweg und somit die Teilnahme am Unterricht ermöglicht werden. Es werden grundsätzlich mehr Schulen benötigt und schlecht qualifizierte Lehrer:innen benötigen eine zusätzliche pädagogische wie fachliche Ausbildung. Zudem ist auch eine inhaltliche Neuausrichtung des Unterrichts notwendig.
2. Neben der Vermittlung von konkretem Wissen hat Schule die Aufgabe, junge Menschen zu ermächtigen, sich zu mündigen Bürger:innen zu entwickeln, die aktiv an politischen Entscheidungsprozessen partizipieren können.
3. Darüber hinaus gibt es insbesondere drei Bereiche, in denen Schule in Syrien neu gedacht werden muss: Der erste ist religiöse Erziehung. Hier ist zu entscheiden, ob diese in der Schule im Rahmen eines verpflichtenden Unterrichtsfaches stattfindet bzw. wie mit unterschiedlichen religiösen Zugehörigkeiten von Schüler:innen umgegangen werden soll. Da es wenig realistisch ist, dass Religionsunterricht vollständig aus der Schule herausgehalten wird, könnte es Angebote für alle religiösen Gruppen geben – für Sunnit:innen ebenso wie Alawit:innen und Drus:innen, für Yezid:innen ebenso wie für die Angehörigen unterschiedlicher christlicher Ausrichtungen. Hier besteht die Herausforderung vor allem darin, alle religiösen Gruppen gleichberechtigt zu inkludieren sowie geeignetes Lehrpersonal auszubilden. Zudem wäre es im Sinne eines verbindenden Austausches zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Religionen möglicherweise hilfreich, zusätzlich Ethikunterricht anzubieten.
4. Der zweite schulische Bereich der einer Neuausrichtung bedarf, ist der Bereich der sozialwissenschaftlichen Curricula, insbesondere des Geschichtsunterrichts. Vor allem Ereignisse der jüngeren syrischen Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg werden von Angehörigen unterschiedlicher Komponenten extrem unterschiedlich interpretiert. Hier müssen gesamt-syrische Narrativen entwickelt werden, die gleichzeitig Platz für die – teils abweichenden – Narrative verschiedener Minderheitengruppen lassen. Wie aktuelle syrische Geschichte und Politik in der Schule vermittelt werden kann muss darüber hinaus im Rahmen des Transformationsprozesses und im Kontext von Fragen der Übergangsgerechtigkeit ausgehandelt werden. Wichtig ist, dass Schule nicht, wie unter dem Assad-Regime, zu Propagandazwecken missbraucht wird.
5. Der dritte wesentliche Bereich, welcher der Revision bedarf, betrifft die Frage, wie die in Syrien gelebte Mehrsprachigkeit sich in schulischen Curricula widerspiegeln soll. Es gibt zahlreiche Konzepte, die den syrischen Diskurs bereichern können. Diese unterscheiden sich u.a. darin, wie stark echte Mehrsprachigkeit gefördert bzw. erreicht wird. In Kanada, zum Beispiel, ist eine einzige Provinz – Quebec – französischsprachig. Dennoch gibt es in allen Landesteilen Schulen mit Englisch und Französisch als Unterrichtssprache. Allerdings existiert in Quebec keine freie Sprachwahl: Französischsprecher:innen dürfen ihre Kinder nur in Schulen mit der Unterrichtssprache Französisch schicken, Englischsprecher:innen nur in Schulen mit der Unterrichtssprache Englisch.

In der Schweiz entscheiden die einzelnen Kantone, welche Unterrichtssprachen sie anbieten – zumeist gibt es deutschsprachige und französischsprachige Schulen, nur der Kanton Graubünden bietet Schulunterricht in drei der vier offiziellen Sprachen der Schweiz an – neben Deutsch und Französisch sind das Italienisch und Rätoromanisch.

In Südtirol wiederum gibt es deutschsprachige Schulen für die deutsche Sprachgruppe und italienische Schulen für die italienische Sprachgruppe – die jeweils andere Sprache muss

als Fremdsprache erlernt werden. Die Ladin:innen wiederum, eine kleine sprachliche Minderheit, unterliegt insofern einem besonderen Schulsystem, als ihre Schulen zur Hälfte auf Deutsch und zur Hälfte auf Italienisch unterrichten – hinzu kommt Ladinisch als Unterrichtsfach.

6. So verschieden die genannten Sprachmodelle auch sind, so fällt doch auf, dass sich manche Phänomene in allen Modellen wiederfinden. Hierzu gehört, dass echte Mehrsprachigkeit ein Phänomen der Eliten ist. In der Schweiz etwa sprechen die meisten Menschen entweder Deutsch oder Französisch auf Muttersprachenniveau – die andere Sprache verstehen sie bestenfalls gut genug, um auch außeralltäglichen Diskussionen folgen zu können. Ganz ähnlich sieht die Situation in Südtirol und Kanada aus. Dennoch werden bilinguale Schulen, in denen zwei Sprachen auf Muttersprachenniveau erlernt werden können, nur selten gefördert. In der Schweiz bieten nur Fribourg und seit neuem Bern bilinguale Schulen an. Angehörige sprachlicher Minderheiten fürchten oft, dass bilingualer Unterricht am Ende vor allem die Minderheitensprache schwächen wird. Viele Italienischsprecher:innen in Südtirol würden ihre Kinder beispielsweise gerne in deutschsprachige Schulen schicken, um ihre Chancen auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und Österreich zu verbessern. Die deutschsprachige Minderheit stellt sich dem mit dem Argument entgegen, dass dies die Qualität des Unterrichts verschlechtern würde.

Welche Konsequenzen ergeben sich für Syrien?

1. In Syrien sollte es eine gemeinsame, offizielle Sprache geben, die den Bürger:innen unterschiedlicher Herkunft die Kommunikation miteinander erlaubt.
2. Realistisch betrachtet ist diese Sprache das Arabische – auch Angehörige von Minderheitengruppen wie Kurd:innen, Assyrier:innen, Armenier:innen und Turkmen:innen sprechen in aller Regel Arabisch.
3. Grundsätzlich möglich wäre es aber auch, sich für Englisch als gemeinsame Sprache zu entscheiden oder eine der Minderheitensprachen als verbindliche Kommunikationssprache zu wählen.
4. Die gemeinsame Sprache – vermutlich das Arabische – sollte an allen Schulen des Landes unterrichtet werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass das Arabische notwendig Unterrichtssprache sein muss.
5. Die verschiedenen Minderheitensprachen Syriens müssen als offizielle Sprachen in der syrischen Verfassung anerkannt werden und es muss für alle Minderheitensprachen staatlich geförderte schulische Angebote geben.
6. Schüler:innen sollten von Beginn ihrer Schulzeit an die Chance haben, die sprachliche, religiöse und ethnische Vielfalt Syriens kennenzulernen. Ihre Eltern – bzw. ab einem bestimmten Alter die Schüler:innen selbst – sollen unabhängig von ihrer eigenen Herkunft eigenständig entscheiden können, welche sprachliche Ausrichtung sie bevorzugen.
7. Generell sollten, abhängig von den Bedürfnissen der Syrer:innen in unterschiedlichen Regionen, verschiedene schulische Modelle angeboten werden. Auch wenn beispielsweise die Mehrheit der Bevölkerung keine bilingualen Schulen anstrebt, sollten solche Modelle für Interessierte angeboten werden.
8. In diesem Kontext wurde auch kritisiert, dass kurdische Eltern in der Autonomen Region Nord-Ost-Syrien keine Möglichkeit haben, ihre Kinder in arabischsprachige Schulen zu schicken. So positiv es ist, dass dort kurdischsprachige Schulen existieren, so negativ ist es, Personen aufgrund ihrer Ethnizität in ein bestimmtes Schulmodell zu zwingen. Dies gilt insbesondere, da die Schulabschlüsse der kurdischsprachigen Schulen von der syrischen Regierung – und somit auch von anderen Staaten – nicht anerkannt werden. Der Abschluss an einer solchen Schule minimiert somit die Karrierechancen junger Menschen erheblich.
9. Bei der Entscheidung für eine bestimmte sprachliche Ausrichtung des Schulsystems darf der Kostenfaktor nicht vernachlässigt werden. In einem mehrsprachigen System werden

nicht nur mehrsprachige Unterrichtsmaterialien, sondern auch gut ausgebildete, mehrsprachige Lehrkräfte benötigt. Mehrsprachige Materialien zu entwickeln bzw. bi- oder trilinguale Lehrkräfte auszubilden ist teuer und zeitintensiv. Darüber hinaus gilt: Aus einem mehrsprachigen Bildungssystem leiten sich Konsequenzen für die Verwaltung ab. Mehrsprachigkeit wird auch hier eine Rolle spielen (müssen) – so dass Folgekosten entstehen, etwa wenn jeder und jede in allen Behörden in seiner Erstsprache kommunizieren können muss, oder wenn alle Gesetze in zwei oder mehr Sprachen zu veröffentlichen sind.

10. Sprache und Identität sind eng miteinander verknüpft. Durch die Anerkennung einer (Minderheiten)-Sprache als offizielle Sprache in der Verfassung erkennt der Staat Minderheiten als gleichberechtigte Staatsbürger:innen an. Diese Anerkennung ist wesentlicher Teil eines inklusiven Staatsverständnisses und Voraussetzung für die Entwicklung einer gemeinsamen syrischen Identität, die sprachliche und ethnische Minderheiten mitdenkt.

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien
European Center for Kurdish Studies



YES for Peace
Young Engaged Syrians Making Their Voices Heard

Emser Straße 26
Berlin 12051
Germany

mail@kurdologie.de
+49 30 67 96 85 27

Layout und Design: Radwan Awad

© Februar 2026 | Berlin